

# Das Wirtschafts-Einmaleins

Wer richtig zu rechnen versteht, versteht die vermeintlich immer komplexer werdende Welt besser und kann auch angesichts von Nullzinsen bestens schlafen. **REINER EICHENBERGER**

Viele klagen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge würden immer komplexer und Politik so immer fehleranfälliger. Dagegen hilft das systematische Einüben meines kleinen und grossen Wirtschaftseinmaleins. Ersteres beruht auf sieben bekannten Wortpaaren.

1. Kosten und Nutzen. Das Denken in diesem Wortpaar kritisieren viele als eng und ökonomistisch. Stimmt nicht: Erstens sind Kosten und Nutzen nur andere Worte für Vor- und Nachteile und somit ein sehr breites Konzept. Zweitens denken allzu viele Menschen oft nur an Nutzen oder nur an Kosten. So glauben viele, eine höhere Geburtenrate würde die Altersvorsorge sichern. Dabei vernachlässigen sie die hohen gesellschaftlichen Kosten für Erziehung und Ausbildung der Kinder. Auch viele Diskussionen über Zuwanderung und Bilaterale I sind einäugig. Alle vom Bund bestellten Studien suchen nur nach allfälligem Nutzen, vernachlässigen aber die Kosten des Bevölkerungswachstums infolge von Verknappung von Land, Infrastruktur und Umweltqualität sowie durch flankierende Massnahmen oder übermässig restriktive Handhabung von Zuwanderungskontingenten für Drittländer.

2. Real und nominal oder die Wirkung von Inflation. Überall wird heute über die Negativzinsen geklagt. Dabei sind die realen Zinsen, also die nominalen Zinsen minus Inflation, keineswegs besonders niedrig. Niedrige nominale Zinsen sind vor allem deshalb ein Problem, weil viele Pensionskassensysteme auf positive nominale Renditen und so auf Sand aufgebaut sind. Wir brauchen also nicht höhere Zinsen, sondern Pensionskassenreformen. Genauso ist Deflation bis etwa 1,5% gut tragbar. Denn die gefürchtete Konsumzurückhaltung hängt nicht vom nominalen, sondern vom realen Zins ab. Der beträgt aber bei 0% Nominalzins und 1,5% Deflation ebenfalls 1,5%, was etwa dem historischen Durchschnittswert entspricht und kaum Probleme bringt.

## Achtung – Rechenfehler

3. Total und pro Kopf. Für viele Probleme zählt nicht das Bruttoinlandprodukt BIP, sondern das BIP pro Kopf oder pro andere relevante Einheit. So bringt Zuwanderung via Bevölkerungswachstum natürlich auch Gesamtwirtschaftswachstum. Aber sie bringt (wenigstens so, wie ich die Zahlen lese) kaum zusätzliches Wachstum des BIP pro Kopf und des BIP pro bisherigen Einwohner. Doch Vorsicht: Viele, die das schon kannten, sind kürzlich nochmals in die gleiche Falle getappt. Gemäss neuen vom Bund bestellten Studien wären die Hauptverlierer eines Wegfalls der Bilateralen I nicht die Arbeitnehmer, sondern die Kapitalbesitzer.

Rechenfehler! Natürlich sänke ohne Bilaterale I der totale Kapitalertrag in der Schweiz markant, denn ohne Personenfreizügigkeit wäre das Bevölkerungswachstum deutlich geringer, weshalb in der Schweiz weniger Inves-

itionen benötigt würden und die Schweizer Kapitalbesitzer ihr Kapital vermehrt im Ausland investieren würden. Der Ertrag pro investierten Franken sowie der weltweite Totalertrag der Schweizer Kapitalbesitzer blieben aber nahezu unverändert.

4. Absolut und relativ zum BIP. Viele wichtige Grössen werden nicht absolut, sondern relativ zum BIP ausgewiesen – mit gravierenden Folgen. So glauben viele, die Schweiz habe einen schlanken Staat und niedrige Steuern. Das stimmt bei der heute üblichen Berechnung anhand von Staats- und Steuerquoten, also Staatsausgaben oder Steuereinnahmen dividiert durch das BIP. Doch das BIP pro Einwohner ist in der Schweiz zu laufenden Wech-



*«Vielen ist wichtiger, was sie selbst erschaffen können, als was sie als staatliche Hilfe erhalten.»*

selkursen umgerechnet rund doppelt so hoch wie etwa in Deutschland. Pro Einwohner wird in der Schweiz also fast doppelt so viel für staatliche Leistungen ausgegeben und Steuern erhoben wie in Deutschland. Damit hat die Schweiz weltweit fast den teuersten Staat. Sicher leistet er in vielen Bereichen Besseres als anderswo. Dafür aber braucht es ihn in einigen Bereichen, etwa bei den Sozialleistungen, eher weniger. Die Schweiz ist also nicht nur eine allgemeine Preisinsel, sondern auch ein ganz besonders schroffes und hoch aufragendes Eiland in puncto Preise von Staatsleistungen.

5. Brutto und netto. Ein Beispiel dafür ist die Diskussion über Staatsschulden, die fast immer auf die Bruttoschulden zielt. Doch den Schulden stehen oft riesige Guthaben gegenüber. Die Schweiz und manche andere Staaten haben bei Berücksichtigung ihrer Vermögenswerte – etwa von Infrastruktur, Immobilien und öffentlichen Betrieben – bedeutende Nettovermögen. Das ist für die Wirkung von Zuwanderung essenziell. Wenn der Staat netto Schulden hat, wird dank Zuwanderung die Schuldenlast auf mehr Köpfe verteilt. Wenn der Staat aber ein Nettovermögen hat, hat Zuwanderung den Nachteil, dass das Vermögen pro Einwohner sinkt und nur zu hohen Kosten wieder auf den bisherigen Stand gebracht werden kann.

6. Franken und andere Währungen. Bei Vergleichen über die Zeit und zwischen Ländern sollte in derselben Währung gerechnet werden. Trotzdem sind auch «die besten Zeitungen» voller Berichte, das Schweizer BIP sei seit der Frankenaufwertung weniger als in der EU ge-

wachsen, und die Schweizer Auslandguthaben hätten massiv an Wert verloren. Doch alles schrumpft, wenn man es mit einem gewachsenen Massstab misst. Das BIP der EU ist in Franken gerechnet fast 10% geschrumpft, umgekehrt das Schweizer BIP in Euro fast 10% gewachsen. Die Wachstumsperformance der Schweiz ist also dank Aufwertung grandios. Das wird sich – trotz Wachstumsschwäche und Konkursen – auch teils nach der nächsten Revision der internationalen Statistiken zeigen. Die dank Aufwertung erweiterten Konsummöglichkeiten werden erst dann in die BIP-Zahlen eingehen. Die dauernde Aufwertung des Franken ist denn auch der Grund, weshalb die Schweiz trotz dauernd niedrigen Wachstumszahlen zu einem der reichsten Länder geworden und es geblieben ist.

7. Vor und nach Steuern. Obwohl Steuern offensichtlich wichtig sind, wird ihre Rolle oft vernachlässigt. So ist die Einkommensungleichheit in der Schweiz gemäss den international oft verwendeten Zahlen etwa europäischer Durchschnitt. Das gilt aber nur, wenn die Verteilung nach Steuern und Transfers gemessen wird. Vor Steuern und Transfers ist die Schweiz zusammen mit Südkorea das OECD-Land mit der kleinsten Einkommensungleichheit. Das ist grossartig. Denn vielen Menschen ist wichtiger, was sie selbst erschaffen können, als was sie als staatliche Hilfe erhalten.

## Billiger tanken als in den Sechzigern

Das grosse Einmaleins besteht darin, diese sieben Grundelemente fruchtbar zu kombinieren. Ein Beispiel ist die Diskussion über den Erdölpreis. Viele meinen, er sei zwar in den letzten zwei Jahren von über 100\$ pro Barrel stark auf heute rund 43\$ oder 40 Fr. gefallen. Aber verglichen mit z. B. 1960 mit knapp 3\$ sei er doch ganz massiv gestiegen. Falsch! Nach Regel sechs mit dem damaligen Wert des Dollars von 4.40 Fr. sowie Regel zwei mit der Vervielfachung des Schweizer Preisniveaus um 4,1 seit 1960 bedeutet der Sechzigerjahre-Preis 54 heutige Franken. Öl ist heute also in Franken sogar billiger, als es in den Sechzigern war.

Ein anderes Beispiel sind die Zinsen. Nullzins bei 1,5% Deflation heisst 1,5% Realverzinsung, steuerfrei. Bei 2% Inflation bedeuten 1,5% Realzins aber 3,5% Nominalzins vor Steuern und bei Steuern von 40% einen Nominalzins nach Steuern von 2,1% und einen Realzins nach Steuern von 0,1% – abzüglich Depotgebühren und Vermögenssteuern also ein sicheres Verlustgeschäft.

Deshalb gilt: Wer das grosse und das kleine Wirtschafts-Einmaleins beherrscht, versteht die Welt besser und kann auch angesichts von Nullzinsen bestens schlafen.

*Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i. Üe. und Forschungsdirektor von CREMA (Center of Research in Economics, Management and the Arts).*